



Kreisstadt Neunkirchen • Untere Bauaufsichtsbehörde • Postfach 1163 • 66511 Neunkirchen

Postzustellungsurkunde

Bischöfl. Generalvikariat Trier
vertr. d. d. Herrn Generalvikar
Dr. U. Graf von Plattenberg
Mustorstraße 2
54290 Trier

Telefon Zentrale (06821) 2020
Dienstgebäude: Oberer Markt 16, 5. OG

Für Sie zuständig:
Frau Leinenbach
Telefon: (06821) 202- 522
Telefax: (06821) 202- 537
E-Mail: amt36@neunkirchen.de

Öffnungszeiten:
Montags – Donnerstags: 08:30–12:00 und 14:00–16:00 Uhr
Freitags: 08:30–12:00 Uhr
Beratung nach Terminvereinbarung

Datum: 05.07.2019

**Baugenehmigung
(Bauschein, § 73 LBO)**

Aktenzeichen: 2-36-2018/0440

Vorhaben: Brandschutztechnische und energetische Ertüchtigung sowie Umbau und Sanierung aller Geschosse des Hauptgebäudes der Maximilian-Kolbe-Schule

Grundstück: Prälat-Schütz-Straße 15 , 66540 Neunkirchen
Gemarkung: Wiebelskirchen, Flur: 27, Flurstück(e): 496/10

Entwurfsverfasser: Dipl.-Ing. Bettina Berwanger
Julius-Bettingen-Straße 7, 66606 St. Wendel

Unbeschadet privater Rechte Dritter wird Ihnen die Genehmigung zu o.a. Vorhaben erteilt.

Die Gültigkeitsdauer und Rechtsgrundlagen dieser Genehmigung finden Sie auf dem beiliegenden Informationsblatt.

Verpflichtungen zum Einholen von anderweitigen Genehmigungen, Bewilligungen, Erlaubnissen und Zustimmungen oder Erstaten von Anzeigen auf Grund anderer Vorschriften bleiben hiervon unberührt.

Bestandteile der Genehmigung sind:

- die Vorschriften der Landesbauordnung des Saarlandes (LBO) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1544) vom 18. Februar 2004 in der derzeit geltenden Fassung.
- sämtliche beigefügten, und soweit erforderlich, mit Genehmigungs- /Prüf- bzw. Sichtvermerk vom Datum 05.07.2019 versehenen Unterlagen;
- die vorbereiteten schriftlichen Mitteilungen (Formulare).

Außerdem:

...

Seite 2 zur Baugenehmigung, Az.: 36-2018/0440

- die Stellungnahme des Landesamtes für Umwelt und Arbeitsschutz (LUA) vom 12.12.2018;
- die Stellungnahme der Unfallkasse Saarland vom 16.11.2018;
- das geprüfte Brandschutzkonzept vom 31.07.2018, aufgestellt von Kempen Krause Ingenieure GmbH Aachen; und der Prüfbericht zur Prüfung des Brandschutznachweises, Prüfverzeichnis 2016/031 - Prüfbericht Nr. 1 vom 17.01.2019 von Dipl.-Ing Enrico Dammköbler ;

Abweichung:

Durch besonderen Bescheid wird Abweichung erteilt von:

1. § 36 Abs. 3 LBO
2. § 34 Abs. 1 i.V.m. Zeile 6.1 Anhang LBO
3. § 35 Abs. 3 Ziffer 2 u. 4 LBO
4. § 36 Abs. 1 LBO
5. § 16 Abs.5 VStättVO
6. § 30 Abs. 2 Ziffer 2 LBO
7. § 35 Abs. 1 Ziffer 3 LBO
8. § 5 Abs. 1 VStättVO
9. § 5 Abs. 7 VStättVO
10. § 32 Abs. 7 LBO
11. § 30 Abs. 2 Ziffer 1 LBO
12. § 50 Abs. 2 LBO

Diese Bescheide sind dieser Baugenehmigung beigelegt. Deren Auflagen und Bedingungen sind zu beachten.

Folgender Bauzustand ist mindestens zwei Wochen zuvor mit den beigelegten Formularen anzuzeigen (§ 79 LBO):

- **die Fertigstellung des Rohbaus,**
- **die abschließende Fertigstellung.**

AUFLAGEN

Baubeginn und Baustelle

1. Mindestens 8 Tage vor Baubeginn sind mit beigelegtem Formular „Baubeginnanzeige“ der Bauleiter und die bauausführenden Firmen zu melden (§ 73 LBO);
2. Rechtzeitig vor Baubeginn sind gemäß § 67 LBO die folgend aufgeführten bautechnischen Nachweise (alle vom Aufsteller und Bauherrn mit Datumsangabe unterschrieben) vorzulegen:
 - **Standortsicherheitsnachweis** mit Konstruktionszeichnungen für das gesamte Bauvorhaben, 1-fach;

Seite 3 zur Baugenehmigung, Az.: 36-2018/0440

- **Energiebedarfsausweis** nach der Energieeinsparverordnung (EnEV); 2-fach;

Die sich aus der Prüfung dieser Unterlagen ergebenden Auflagen bleiben vorbehalten.

Standssicherheit

1. Vorhandene konstruktive Bauteile sind vor und während der Bauausführung auf ihre Festigkeit und Standssicherheit zu überprüfen (§ 13 LBO).

Bauausführung

1. Bis zur abschließenden Fertigstellung ist die „**Erklärung**“ gemäß beiliegendem Formular vorzulegen (§§ 13 und 52 LBO in Verbindung mit § 78 Abs. 4 LBO).

Entwässerung

1. Die Entwässerungsanlage ist nach Maßgabe der DIN 1986 - Entwässerungsanlagen für Gebäude und Grundstücke - auszuführen, zu betreiben und zu unterhalten (§ 42 LBO).
2. Die anfallenden Abwässer sind in die vorhandene Grundstücksentwässerungsanlage einzuleiten (§ 42 LBO).
3. Gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal ist in die Anschlussleitung eine geeignete Rückstausicherung gemäß DIN EN 12056-1, Ziffer 5.5 Rückstau, Norm Januar 2001 hinweislich DIN EN 12056-4, Ziffer 4, Schutz gegen Rückstau, Norm Januar 2001, einzubauen.
4. Ein Fettabscheider mit vorgeschaltetem Schlammfang gemäß DIN EN 1825 „Abscheideranlage für Fette“, DIN EN 1825-1, Norm Dezember 2004 und DIN EN 1825-2, Norm Mai 2002 sowie DIN 4040-100 „Abscheideranlagen für Fette“ (Teil 100: Anforderungen für Anwendung von Abscheideranlagen nach DIN EN 1825-1 und DIN EN 1825-2), Norm Dezember 2004 ist einzubauen. NG gemäß hydraulischer Berechnung.

Brandschutz

1. Zur Gewährleistung der Einhaltung aller Forderungen aus dem Prüfbericht zur Prüfung des Brandschutznachweises, Prüfverzeichnis 2016/031- Prüfbericht Nr. 1 vom 17.01.2019 von Dipl.-Ing Enrico Dammköhler und der Baugenehmigung, hat durch einen Brandschutzsachverständigen oder durch den Aufsteller des Brandschutznachweises eine baubegleitende Betreuung mit örtlichen Abnahmen zu erfolgen. Bis zu Schlussabnahme ist eine mängelfreie Abnahmebescheinigung hierzu der Unteren Bauaufsichtsbehörde vorzulegen. Dies gilt unabhängig von der Überwachung durch den Prüfenieur für Brandschutz.
2. Für die Nutzung der Aula als Versammlungsstätte sind der UBA gem. § 44 Abs. 5 VStättVO Bestuhlungspläne für jede vorgesehene Anordnung im Maßstab von mind. 1:200 vorzulegen und veranstaltungsbezogen am Zugang zum Veranstaltungsraum aufzuhängen (s. Prüfbericht S. 14/27).
3. Bei außerschulischen Veranstaltungen im Sinne der VStättVO ist durch den Veranstalter dafür Sorge zu tragen, dass die Besucher sich nicht außerhalb des Veranstaltungsbereiches im EG aufhalten (s. Prüfbericht S. 15/27).

Seite 4 zur Baugenehmigung, Az.: 36-2018/0440

4. Zur Bekämpfung von Entstehungsbränden sind innerhalb des Gebäudes je nach Einrichtung und Ausstattung geeignete Handfeuerlöscher der Brandklassen A, B und C gemäß DIN 14 406 und EN 2 in zweckmäßiger Verteilung griffbereit anzubringen. Art, Größe, Anzahl und Anbringungsort sind gemäß ASR 2.2. (Technische Regeln für Arbeitsstätten) festzulegen.
5. In den notwendigen Treppenräumen sind keine Einbauten/ Ausschmückungen o.ä. zulässig.
6. Es ist eine Funkfeldmessung in dem Gebäude durchzuführen und dem Prüf. Ing. Dammköhler vor Inbetriebnahme vorzulegen, gem. § 51 Punkt 24 LBO.
7. Die neu geplanten Trennwände der Aula im EG müssen feuerhemmend ausgeführt werden, gem. § 29 Abs. 1 LBO (s. Beiblatt A Seite 8 zur Anlage 2).
8. Die Geschosstrennung zw. UG und EG im Bereich der Wendeltreppe im Werkraum muss durch einen feuerhemmenden und rauchdichten Abschluss hergestellt werden, gem. § 31 Abs. 3 LBO (s. Beiblatt A Seite 8 zur Anlage 2).

Hinweise

- Für jede Bauphase ist dem Prüf.-Ing. Dammköhler im Vorfeld der Umfang der Baumaßnahmen und die ggf. erforderlichen Interimsmaßnahmen zur Nutzung in den übrigen Bereichen mitzuteilen. Die Flucht und Rettungswege für die weitergenutzten Bereiche müssen während der Bauphase uneingeschränkt nutzbar sein (s. Prüfbericht S. 15/27).
- Die baurechtlichen Anforderungen an die Bauprodukte und Baustoffe in den notwendigen Fluren und Treppenhäusern sind einzuhalten (s. Prüfbericht S. 5/27).
- In den notwendigen Fluren werden Garderoben geduldet, sofern sie am Boden und/oder der Wand fest montiert und gegen Umfallen ausreichend gesichert sind und die Rettungswege von mind. 1,50 m Breite im Flur nicht einschränken (s. Prüfbericht S. 5/27).
- Die Anordnung von einzelnen Bildern, Fotos und Informationsmaterial (täglicher Bedarf) in notwendigen Fluren wird geduldet (s. Prüfbericht S. 5/27).
- Für die Einhaltung der vor genannten Anforderungen ist die Schulleitung als Betreiber verantwortlich (s. Prüfbericht S. 6/27).
- Es sind regelmäßige Räumungsübungen (mind. einmal je Schuljahr) in Abstimmung mit der Ortsfeuerwehr durchzuführen. Das Ergebnis ist zu protokollieren (s. Prüfbericht S. 7/27).
- Die Bestandstüren ohne Verwendbarkeitsnachweis sind zu dokumentieren und dem Prüf.-Ing. und der UBA vorzulegen (s. Prüfbericht S. 8/27).
- Vom notwendigen Treppenraum A sind zu dem Sanitärbereich im EG DS-Türen geplant. Da der Putz-/Lageraum (1.22) nicht brandschutztechnisch wirksam abgetrennt ist, dürfen dort nur allgemeine Reinigungsmittel und -utensilien abgestellt werden. Eine Lagerung anderer Stoffe oder das Abstellen /Laden von Putzmaschinen ist unzulässig (s. Prüfbericht S. 10/27).
- Einem Verzicht auf eine Sicherheitsbeleuchtung in den Unterrichtsräumen kann erst nach Vorlage einer Gefährdungsanalyse unter Berücksichtigung der Betrieb- und Tageslichtzeiten bewertet und dieser zugestimmt werden (s. Beiblatt B zur Anlage 2 S. 10).

...

Seite 5 zur Baugenehmigung, Az.: 36-2018/0440

- Der Rettungswegeverlauf im Außenbereich ist während der Betriebszeiten bei jeder Witterung bis zur öffentlichen Verkehrsfläche ständig frei und begehbar zu halten und zu beleuchten; keine Sicherheitsbeleuchtung; (s. Prüfbericht S. 12/27).
- Nach den zur Verfügung stehenden Unterlagen kann nicht ausgeschlossen werden, dass am Standort Kriegsmunition vorhanden ist. Zur Vorsorge haben Sie die Möglichkeit, sich mit dem zuständigen Kampfmittelbeseitigungsdienst des Landespolizeipräsidiums (Direktion LPP 1) unter den folgenden Kontaktdaten in Verbindung zu setzen: Telefon: 0681/962-1790, Fax: 0681/962-1795, E-Mail: lp124-kbd@polizei.slpol.de, Adresse: Mainzer Straße 134 – 136, 66121 Saarbrücken;
- Bei Feststellungen oder Rückfragen zu evtl. Bodenkontaminationen erhalten Sie Auskünfte beim zuständigen Landesamt für Umwelt- und Arbeitsschutz (Frau Katarina Hilpert) unter der Telefonnummer 0681/8500-1476.
- Die Stellungnahme **des Landesdenkmalamtes** steht noch aus. Eventuelle Auflagen die sich aus dieser Stellungnahme ergeben, sind Bestandteil dieser Baugenehmigung.

Dieser Bescheid ergeht gebührenfrei.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach seiner Bekanntgabe Widerspruch bei der Kreisstadt Neunkirchen, Oberer Markt 16, Rathaus, 66538 Neunkirchen, erhoben werden.

Hinsichtlich der Zahlungspflicht hat ein eventueller Widerspruch keine aufschiebende Wirkung.

Im Auftrag

Funke



INFORMATIONSLATT ZUR BEACHTUNG !!!

Dieser Genehmigung liegen die Vorschriften der Landesbauordnung des Saarlandes (LBO) vom 18. Febr. 2004 (Amtsblatt Seite 822) in der derzeit geltenden Fassung zugrunde. (1) Die Baugenehmigung und die Teilbaugenehmigung erlöschen, wenn innerhalb von drei Jahren nach ihrer Bekanntgabe mit der Ausführung des Bauvorhabens nicht begonnen oder die Bauausführung ein Jahr unterbrochen worden ist. Die Einlegung eines Rechtsbehelfs hemmt den Lauf der Frist bis zur Unanfechtbarkeit der Baugenehmigung.

Die Frist nach Absatz 1 kann auf schriftlichen Antrag jeweils bis zu einem Jahr verlängert werden. Sie kann auch rückwirkend verlängert werden, wenn der Antrag vor Fristablauf bei der Bauaufsichtsbehörde eingegangen ist.

Gemäß § 67 LBO der Landesbauordnung (Bautechnische Nachweise), sind die Tragwerksplanen den künftig gehalten, eine Stellungnahme des bergbauberechtigten Unternehmens über die Erforderlichkeit vorbeugender Sicherungsmaßnahmen einzuholen und die Maßnahmen im Standsicherheitsnachweis zu berücksichtigen.

Baustellen sind so einzurichten, dass die baulichen Anlagen ordnungsgemäß errichtet, geändert oder abgebrochen werden können und Gefahren oder vermeidbare Belästigungen nicht entstehen.

Bei Bauarbeiten, durch die unbeteiligte Personen gefährdet werden können, ist die Gefahrenzone abzugrenzen und mit Warnzeichen zu versehen, soweit erforderlich ein Bauzaun zu errichten und dieser mit Schutzvorrichtungen gegen herabfallende Gegenstände zu versehen und zu beleuchten.

Öffentliche Verkehrsflächen, Versorgungs-, Abwasser- und Meldeanlagen sowie Gewässer-messstellen, Vermessungszeichen, Abmarkungs- und Grenzzeichen sind für die Dauer der Bauausführung zu schützen und, sowie erforderlich, unter den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen zugänglich zu halten.

An der Baustelle nicht verfahrensfreier Bauvorhaben ist ein dauerhaftes und von der öffentlichen Verkehrsfläche aus sichtbares Schild anzubringen, das die Bezeichnung des Vorhabens, das Genehmigungsdatum, die Bauschein-Nummer und die Genehmigungsbehörde sowie Namen und Anschriften der Bauherrin oder des Bauherrn, der Entwurfsverfasserin oder des Entwurfsverfassers und der Bauleiterin oder des Bauleiters enthalten muss. In den Fällen der §§ 63 und 64 Abs. 3 Satz 5 findet Satz 1 für die Bezeichnung des Vorhabens, die zuständige Bauaufsichtsbehörde sowie hinsichtlich der Namen und Anschriften der Bauherrin oder des Bauherrn, der Entwurfsverfasserin oder des Entwurfsverfassers und der Bauleiterin oder des Bauleiters entsprechende Anwendung.

Erhaltenswerte Bäume und Gehölze müssen während der Bauausführung geschützt werden.

Neben den Vorschriften der Landesbauordnung und den hierzu ergangenen Rechtsverordnungen sind bei der Bauausführung insbesondere zu beachten:

- die Bestimmungen über den Schutz der Arbeiter und über die Arbeitsfürsorge sowie die Unfallverhütungsvorschriften,
- das Gesetz über die Bekämpfung der Schwarzarbeit „Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz“ vom 23. Juli 2004 (BGBl. I S. 1842), in der derzeit geltenden Fassung.
- Saarländisches Denkmalschutzgesetz (SDschG) (Art. 1 des Gesetzes Nr. 1554 zur Neuordnung des saarländischen Denkmalrechts) vom 19. Mai 2004, in der derzeit geltenden Fassung.

Die Nichtbeachtung baurechtlicher Vorschriften kann eine Ordnungswidrigkeit sein und gemäß § 87 LBO mit einer Geldbuße bis zu 250.000,- Euro geahndet werden.

Auf die Vorschriften des Saarländischen Nachbarrechtsgesetzes vom 01.01.1974 (Amtsblatt S. 210), in der derzeit geltenden Fassung – insbesondere auf die Anzeigepflicht gegenüber den Nachbarn – wird hingewiesen.